

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Norbert Gansel MdB kritisiert die hinhaltende Informationspolitik des Auswärtigen Amtes bei den illegalen Waffenexporten: Erst Giftgas, dann Raketen.

Seite 1

Rudolf Scharping MdL mahnt Schritte zur Umsetzung der Tiefflug-Resolution des rheinland-pfälzischen Landtags an: Koalition verspielt Glaubwürdigkeit.

Seite 3

Hermann Benker MdL erläutert das neue verkehrspolitische Konzept der schleswig-holsteinischen Landesregierung: Der verkehrspolitisch richtige Weg.

Seite 4

Wolfgang Sieler MdB weist auf die Benachteiligung der Oberpfalz bei der Wirtschaftsförderung hin: CSU setzt Schwandorf und Weiden auf Diät.

Seite 5

44. Jahrgang / 124

30. Juni 1989

Erst Giftgas, dann Raketen

Das war nicht der letzte Waffenexportskandal

Von Norbert Gansel MdB

Seit einem halben Jahr, seit Januar, hat sich Hans-Dietrich Genscher nicht mehr im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages sehen lassen. Ihm droht eine Befragung zu eigenartigen Fehlschaltungen und Informationspannen im Auswärtigen Amt im Zusammenhang mit dem libyschen Giftgasprojekt. Und er soll auch ganz persönlich gefragt werden, warum er dem Parlament einen dringlichen Mahnbrief des amerikanischen Außenministers vom November vergangenen Jahres verschwiegen hatte. Nur eine Panne oder Methode?

Immer wieder hatte Genscher Entschuldigungen und Ausreden, warum er nicht zu den mit ihm vereinbarten oder von ihm versprochenen Terminen zur Berichterstattung und Befragung im Auswärtigen Ausschuß kommen konnte. Nachdem eine noch für den letzten Sitzungstag des Parlaments am 23. Juni in Aussicht gestellte Ausschußsitzung von Genscher erneut mit einer faulen Ausrede abgesagt wurde, schrieb der SPD-Obmann im Auswärtigen Ausschuß, Karsten Voigt, einen Beschwerdebrief, in dem er dem Bundesminister des Auswärtigen schlicht und zutreffend „Wortbruch“ im Umgang mit dem Parlament vorwarf. - Heute können wir erahnen, was Genscher dem Parlament erneut zu verheimlichen hatte: Eine neue Giftgasaffäre war im Anmarsch. Die Bundesre-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemalhaner Umwelt
aus recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



gierung reagierte nur auf Druck der USA. Vorhergehende Hinweise waren ignoriert worden. Um die Bundesregierung tatsächlich zum Handeln zu bringen, wählten die Amerikaner zusätzlich den Weg über die Presseöffentlichkeit. - Alles wie in der libyschen Giftgasaffäre.

Am 23. Juni diskutierte der Bundestag in 1. Lesung die von der Bundesregierung beantragten Verschärfungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes und die von der SPD seit mehr als einem Jahr vorliegenden Entwürfe zu einer kompletten Revision des Rüstungsexportrechtes. Sprecher der SPD-Fraktion rügten die zögerliche Behandlung der Gesetzentwürfe. Die SPD wies insbesondere darauf hin, daß es nach der geltenden Rechtslage nicht möglich sei, die Mitwirkung deutscher Experten an der Raketenproduktion im Irak oder an der Giftgasproduktion in Libyen zu verhindern. Solange die neuen Strafgesetze nicht in Kraft getreten sind, könne noch viel passieren, so der Sprecher der SPD, und an den Bundeswirtschaftsminister Haussmann gewandt: „Sie übernehmen damit schwere Verantwortung. Hoffentlich wird daraus keine Schuld.“

Zu diesem Zeitpunkt war die Bundesregierung seit drei Tagen darüber informiert, daß eine Firma aus der Bundesrepublik Deutschland dem Iran durch die Verschaffung kontrollpflichtiger Chemikalien bei der Produktion von Giftgas zu Hilfe sein wollte. Der Bundeswirtschaftsminister schwieg in der öffentlichen Parlamentsdebatte. Der Bundesaußenminister drückte sich vor Beratungen im vertraulich tagenden Auswärtigen Ausschuß.

Die Rüstungsexportpolitik dieser Bundesregierung verdient so wenig Vertrauen wie ihre Informationspolitik. Es kann deshalb vorausgesagt werden, daß neue Waffenexportskandale im Bonner Sommertheater zum Schaden der Deutschen Außenpolitik auf dem Spielplan stehen werden: Erst Giftgas, dann Raketen.

(-/30.6.1989/vo-he/st)

* * *

Koalition verspielt Glaubwürdigkeit

Ein Jahr nach der Tiefflug-Resolution des Landtags Rheinland-Pfalz

Von Rudolf Scharping MdL

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion von Rheinland-Pfalz

Die von der SPD angeregte und vom Landtag einstimmig beschlossene Resolution gegen die Belastung der Tieffliegerei war ein wichtiger politischer Schritt. Er signalisierte, daß das Parlament die Haltung der Bevölkerung verstanden hatte und durchsetzen wollte.

Geschehen ist aber seither so gut wie nichts, obschon sich auch andere Parlamente im Sinne der rheinland-pfälzischen EntschlieÙung äußerten. Von den acht NATO-Luftblasen und anderen Flugplätzen in Rheinland-Pfalz starten und landen jährlich rund 250.000 mal Militärmaschinen. Jedes Jahr finden rund 100.000 Tiefflüge statt. Die Belastung der Bevölkerung ist unerträglich. Das zeigen Bürgerinitiativen, überparteiliche Initiativen von Kommunalpolitikern, Briefe und Proteste von Bürgern, aber auch die beabsichtigten Klagen einiger, auch von der CDU geführten Landkreise.

Um so schärfer ist die Unfähigkeit der Mainzer und Bonner CDU/FDP-Regierungen zu kritisieren, endlich Sichtbares zu tun. Damit wird politische Glaubwürdigkeit verspielt. Ein Jahr nach dem gemeinsamen LandtagsbeschlulÙ muß endlich gehandelt werden.

Offenbar will aber die CDU nicht. Anders sind die jüngsten Äußerungen des Ministerpräsidenten auf dem Flugplatz Büchel nicht zu verstehen. Es ist eine grobe Mißachtung des Landtages und eine peinliche Anbiederung, wenn Wagner im Landtag für die gemeinsame EntschlieÙung stimmt, um dann vor Piloten eine andere Auffassung zu vertreten. Der Landtag hat nicht von Verminderung der Tiefflüge gesprochen, sondern die Einstellung unterhalb von 300 Metern Flughöhe und das Verbot von Luftkampfübungen über bewohntem Gebiet gefordert. Der Ministerpräsident gefährdet also nicht nur seine eigene Glaubwürdigkeit, sondern auch die Fähigkeit, in einer zentralen politischen Frage gemeinsam mit der Volksvertretung Wirksames für die Menschen in Rheinland-Pfalz zu tun.

(-/30.6.1989/vo-he/st)

* * *

Der verkehrspolitisch richtige Weg

Schleswig-Holsteinische Landesregierung setzt umweltpolitische Akzente in der Verkehrspolitik

Von Hermann Benker MdL

Die Initiativen der Landesregierung in der Verkehrspolitik weisen den richtigen Weg.

Dem Ziel, auch die Verkehrspolitik einer „Umweltverträglichkeitsüberprüfung“ zu unterziehen, wird bereits Rechnung getragen:

1. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird stärker gestützt als je zuvor. Die im Haushalt 1989 eingestellten zusätzlichen 4,2 Millionen DM für den ÖPNV kommen nicht nur der Verbesserung der Lebensqualität in der Region zugute, sondern dienen auch dem Umweltschutz. Dies wird das gerade anlaufende zweite Nahverkehrskonzept im Lande, nämlich das der „Verkehrsgemeinschaft Ostholstein“, zeigen.
2. Im Interesse von Umweltschutz und Verkehrssicherheit liegt es ferner, den Vorrang der Schiene, besonders im Güterverkehr, stärker auszubauen. Die Notwendigkeit der Verlagerung der Transporte gefährlicher Güter von der Straße auf die Schiene zeigt sich besonders durch die Unfälle in diesem Bereich. Dazu ist es erforderlich, das Gesamtsystem aus Schiene und Straße noch stärker miteinander zu verknüpfen. Die Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn über eine Elektrifizierung sollen hier eine Verbesserung bringen.

Die Unterstützung durch den Innenminister mit stärkeren Verkehrskontrollen sowohl im Gefahrguttransport als auch bei den Geschwindigkeitsübertretungen wird von uns ausdrücklich begrüßt. Die Verkehrsunfallstatistik mit einem Anstieg von 10,4 Prozent an Todesfällen im Straßenverkehr beweist leider in dramatischer Weise die Notwendigkeit stärkerer Kontrolle.

Daß Schleswig-Holstein die traurige Spitze bildet, was die Beteiligung von Kindern an Unfällen betrifft, stützt die Forderung der SPD, im innerstädtischen Bereich als Regelgeschwindigkeit 30 km/h einzuführen. Das will auch der Städtebund. Haupthindernis ist hier der Bundesverkehrsminister persönlich.

Mit dem neuen verkehrspolitischen Konzept der SPD-Landesregierung soll in Zukunft der Mensch wieder Vorrang vor dem Kraftfahrzeug haben. Es gilt, die Straßen in den Dörfern und Städten, als Lebensraum, besonders für spielende Kinder, Fußgänger und ältere Menschen, zurückzugewinnen.

(-/30.6.1989/vo-he/st)

* * *

CSU setzt Schwandorf und Weiden auf Diät

Benachteiligung der nördlichen Oberpfalz in der Wirtschaftsförderung jetzt klar bewiesen

Von Wolfgang Sieler MdB

Auf der Basis der Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die das Landesarbeitsamt Nordbayern mir jeweils für die Mitte der Jahre 1978, 1983 und 1988 zur Verfügung stellte, läßt sich die CSU-Propaganda über die angeblich so zahlreich neu geschaffenen Arbeitsplätze in der mittleren und nördlichen Oberpfalz klar widerlegen: Vergleicht man die Entwicklung in den drei Oberpfälzer Arbeitsamtsbezirken, so ist eine deutliche und zunehmende Ausdünnung der beiden nördlichen Bezirke Schwandorf und Weiden gegenüber dem Ballungsgebiet um Regensburg zu erkennen. Die Zahlen des Landesarbeitsamtes beweisen: Die Wirtschaftsförderungs- und Industrieansiedlungspolitik der Bayerischen Staatsregierung bevorzugt einseitig die Ballungsgebiete, benachteiligt dagegen die ohnehin schon strukturschwachen Gebiete. Die Region Oberpfalz ist von einem drastischen Nord-Süd-Gefälle auf dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet, das sich in den letzten Jahren noch wesentlich verstärkt hat. Während der Regensburger Raum mit Arbeitsplätzen aufgebläht wurde, hat die Staatsregierung die Bezirke Schwandorf und Weiden deutlich auf Diät gesetzt.

Der Zuwachs an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Arbeitsamtsbezirk (AAB) Regensburg während des letzten Jahrzehnts liegt mit 18,3 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Oberpfalz von 14,7 Prozent. Der AAB Schwandorf erreicht mit 14,5 Prozent Zuwachs den Durchschnittswert knapp, im nördlichsten AAB Weiden lag der Zuwachs sogar nur bei 7,4 Prozent.

Weiden dünnte aus

Das Mißverhältnis in der bayerischen Wirtschaftsförderungspolitik zeigt sich auch, wenn man für die verschiedenen Bezirke jeweils den Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ihrem Zuwachs vergleicht.

Während der AAB Regensburg im Jahre 1983 nur einen Anteil von 44,7 Prozent am Bestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der gesamten Oberpfalz aufwies, konnte er in dem Jahrfünft von 1983 bis 1988 dagegen 57,3 Prozent des Zuwachses verbuchen. Dagegen der AAB Weiden: Er hatte 1978 noch 21 Prozent am Bestand, bis 1988 aber nur 10,5 am Zuwachs der gesamten Oberpfalz. Für die Unterregion Weiden bedeutet dies, daß sich ihr Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Oberpfalz von 21 Prozent im Jahre 1978 auf 19,6 Prozent 1988 verringerte. Die nördliche Oberpfalz dünnte aufgrund der CSU-Wirtschaftspolitik im letzten Jahrzehnt weiter aus, das Ballungsgebiet Regensburg profitierte dagegen von dieser Entwicklung. Dieser Trend verstärkte sich im letzten Jahrfünft noch einmal deutlich.

70 Prozent der zusätzlichen Oberpfälzer Industrie-Arbeitsplätze nach Regensburg

Betrachtet man nur den klassischen Industriebereich, also die Rubrik „Verarbeitendes Gewerbe“ in der Zählung der Arbeitsverwaltung, so ergibt sich eine dramatische Verschärfung des Regensburg-Vorteils. Der AAB Regensburg konnte zwischen 1983 und 1988 seinen Bestand an real verfügbaren industriellen Arbeitsplätzen (dafür sind die Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zur Zeit der beste verfügbare Indikator) um 25,2 Prozent verbessern. Das entspricht fast dem Doppelten des durchschnittlichen Wertes für die gesamte Oberpfalz. Dagegen konnte sich der AAB Schwandorf nur um 6,3 Prozent, der AAB Weiden sogar nur um 5,4 Prozent steigern; das ist beide Male weniger als die Hälfte des Oberpfälzer Durchschnittswertes von 12,8 Prozent Steigerung.

Regensburg profitierte im industriellen Bereich somit fast fünfmal mehr von der Wirtschaftsförderungs- und Industrieansiedlungspolitik der Bayerischen Staatsregierung als Weiden, genau viermal mehr als Schwandorf.

Benachteiligungstrend für den Norden im letzten Jahrfünft verstärkt

Teilt man den gesamten Zuwachs der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Oberpfälzer des verarbeitenden Gewerbes auf die drei Arbeitsamtsbezirke auf, so ergibt sich ein eindeutiges Bild. Regensburg konnte sich zwischen 1983 und 1988 den Löwenanteil von 70 Prozent am gesamten Oberpfälzer Zuwachs der besetzten Industriearbeitsplätze sichern, während für Schwandorf nur 20,3 Prozent und für Weiden lediglich magere 9,7 Prozent abfielen. Für die beiden nördlichen Regionen, die 1983 zusammen immerhin 64,5 Prozent aller im verarbeitenden Gewerbe der Oberpfalz

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beheimateten, blieben lediglich 30 Prozent am diesbezüglichen Arbeitsplatzzuwachs, in den südlichen Ballungsraum Regensburg mit 1983 lediglich 35,5 Prozent-Anteil am Gesamtbestand flossen dagegen 70 Prozent der Neuzugänge.

Auch hier zeigt die zeitliche Staffelung, daß sich dieser Trend im letzten Jahrfünft verschärfte. Während auf den AAB Schwandorf zwischen 1978 und 1983 noch 32,2 Prozent des Oberpfalz-Zuwachses im Industriebereich entfielen, sank dieser Anteil zwischen 1983 und 1988 auf nur noch 20,3 Prozent. Regensburg dagegen hatte im ersten Jahrfünft 61,9 Prozent des Oberpfälzer Zuwachses und konnten diesen schon überwältigenden Anteil im zweiten Jahrfünft sogar bis auf 70 Prozent aller neuen zusätzlichen besetzten Industriearbeitsplätze der Oberpfalz steigern.

Verfehlte Politik läßt Arbeitnehmer pendeln

Die Aussagekraft der Fakten läßt die angeblichen Erfolgsbilanzen der Industrieansiedlungspolitik der Bayerischen Staatsregierung jedenfalls für die mittlere und die nördliche Oberpfalz als bloße Propaganda erscheinen. Die Auswirkungen der Politik des bayerischen Wirtschaftsministers und CSU-Chefs der Oberpfalz zeigen: August Lang hat in Ostbayern versagt.

Der Mehrheit der Oberpfälzer Arbeitnehmer wird durch die einseitige Bevorzugung der südlichen Ballungsregion zugemutet, weite Anfahrtstrecken zu ihren Arbeitsplätzen in den Regensburger Raum auf sich zu nehmen. Das ist weder menschlich noch ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Durch die Auswirkungen der verfehlten Wirtschaftsförderungspolitik leidet das Familienleben ebenso wie die Natur, die den wachsenden Pendler-Verkehr verkraften muß. Bei den ohnehin geringeren Löhnen der Oberpfalz im Vergleich zum Bundesdurchschnitt müssen die Arbeitnehmer hier auch noch erhebliche Kosten für die Anfahrt zum Arbeitsplatz auf sich nehmen. Denn eine sinnvolle Industrieansiedlungspolitik in der Nähe ihrer Wohnorte hat jedenfalls für die Arbeitnehmer aus den Räumen Schwandorf und Weiden im letzten Jahrzehnt kaum stattgefunden. Und dies, obwohl gerade in diesen Räumen die größten Arbeitsplatzverluste im Industriebereich zu beklagen waren. Zu denken sei hier nur an die Machütte, bei der in der Mitte der 70er Jahre noch rund 10.000 Menschen Arbeit und ihre Familien Brot fanden und die Anfang der 90er Jahre gerade noch eineinhalb Tausend Beschäftigte haben soll.

Statt WAA: Verbesserung der Infrastruktur und Zukunftsinvestitionen nötig

Die bayerische Staatsregierung hat die nördliche Oberpfalz jahrelang einfach vergessen. Ihr Prestigeobjekt Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, das als Zuckerbrot für das ostbayerische Grenzgebiet gedacht war, hat sich als Milliarden-Flop erwiesen. Eine Investition in die Zukunft der Region war das jedenfalls nicht! Um die Situation zu ändern, muß jetzt auch in die Infrastruktur investiert werden. Voraussetzung für die ausreichende Neuansiedlung von Zukunfts-Arbeitsplätzen ist eine Verbesserung naturverträglicher Verkehrsverbindungen. Die Modernisierungspläne der Deutschen Bundesbahn beziehen sich aber wiederum vor allem auf die Ballungsräume, wie sich erst jüngst wieder mit dem Pendolino-Pilotprojekt gezeigt hat.

Verantwortung der Bundesrepublik: Schlechte Rahmenbedingungen für die Zukunft Ostbayerns

Die von Bundesarbeitsminister Blüm zu verantwortenden Mittelkürzungen für die Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsämter wirken sich als sozialpolitische Rahmenbedingungen strukturschwacher Regionen zusätzlich negativ auch auf die Oberpfalz aus. Das der Bundesanstalt für Arbeit angegliederte Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat festgestellt, daß entgegen allen pessimistischen Vermutungen drei Viertel der Absolventen einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme des Arbeitsamtes, die vor der Maßnahme arbeitslos waren, zwei Jahre nach Abschluß der Maßnahme immer noch in einem neuen festen Arbeitsverhältnis integriert waren; trotz dieser positiven Ergebnisse hat Blüm die Finanzmittel für diese wichtige Integration Arbeitsloser gekürzt. Die Menschen der Oberpfalz brauchen angesichts der Arbeitsplatzverluste jetzt aber Umschulungs- und Qualifikationsmaßnahmen, um für zukunftssträchtige neue Arbeitsplätze fit zu sein; die Bundesregierung kürzt statt dessen die Finanzmittel hierfür.

Wir Oberpfälzer müssen jetzt Druck machen: gegen einen CSU-Bundesverkehrsminister, der sich wenig für unser Ostbayern interessiert; gegen die Münchner Staatsregierung, die einseitig die Ballungsräume bevorzugt hat; für die Zukunft unserer Region, die nur durch die Ansiedlung neuer zeitgemäßer Arbeitsplätze zu sichern ist. Unser Ostbayern braucht eine Wende hin zu einer sozial ausgerichteten Politik. Die Europawahl hat gezeigt, wohin die Reise geht, wenn die soziale Wende ausbleibt: Im Regierungsbezirk Oberpfalz entfielen mehr als 16 Prozent der gültigen Stimmen auf rechtsextremistische Parteien.

(-/30.6.1989/vo-he/st)